

WOLFGANG RUDZIO

## Konzentration und Vergesellschaftung

Eine der „Sensationen“ des 6. Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall in Berlin war das erneute Bekenntnis zu den wirtschaftlichen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wie sie im Münchner Programm von 1949 niedergelegt sind. Allerdings zeigt sich bei näherem Hinsehen bald, daß die Sensation auch in diesem Fall eine künstlich gemachte war. Sie ist keineswegs in der Sache selbst begründet, sondern soll vielmehr einer weitverbreiteten Stimmungsmache gegen eine konstruktive, dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaftspolitik dienen. Wer das Gemeinwohl für eine „irreale Idee“ hält und seine wirtschaftspolitischen Einsichten lediglich aus der Arbeitgeberpresse oder aus den Schriften von Professor *Wilhelm Röpke* bezieht, der ist freilich wenig geeignet, eine sachliche Diskussion zu führen und vorurteilslos die Tatsachen zu würdigen, die das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen. Dieser Art Kritikern kommt es weder auf eine objektive Beurteilung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse noch auf ihre geistige Bewältigung an. Alle, die

nicht auf das Evangelium der „freien Marktwirtschaft“ schwören, sind in ihren Augen hoffnungslos veraltet. Ihre Auffassungen sind „alte Hüte“, die angeblich nicht mehr auf den dicken Kopf unserer wirtschaftswunderlichen Ordnung passen.

Man begnügt sich also mit billigen Schlagzeilen; einer ernsthaften Auseinandersetzung über die wirtschaftlichen Probleme geht man jedoch aus dem Wege. Dabei wäre es zumindest einer Begründung wert gewesen, inwiefern das Festhalten der IG Metall an den für den DGB und alle ihm angeschlossenen Gewerkschaften seit über zehn Jahren verbindlichen wirtschaftspolitischen Grundsätzen überhaupt etwas Sensationelles darstellt und weshalb diese Grundsätze unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedürfnissen und Erkenntnissen nicht mehr entsprechen sollen.

Ich möchte mich hier lediglich mit der zweiten Frage beschäftigen, angeregt durch das Referat, das *Otto Brenner*, der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall, auf dem Berliner Gewerkschaftstag seiner Organisation gehalten hat. Er hat darin aufzuzeigen versucht, daß die drei wirtschaftlichen Grundforderungen des Münchener Programms — Planung, Mitbestimmung, Gemeineigentum an den Schlüsselindustrien — ein unteilbares *Ganzes* sind, daß sie zusammen die drei Pfeiler bilden, auf denen eine wirtschaftsdemokratische Neuordnung, wie die Gewerkschaften sie anstreben, gegründet sein muß. *Otto Brenner* hat weiterhin in Berlin zu zeigen versucht, daß unsere gesamte Wirtschaftsentwicklung — ungeachtet der glänzenden Fassade — die vorhandenen ökonomischen Widersprüche in keiner Weise aufgehoben hat, sondern daß diese im Gegenteil gerade durch die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der Wirtschaft erneut zutage treten.

Ein entscheidender Vorgang, der diese Einschätzung bestätigt, ist die *Konzentration* und die wachsende Erkenntnis der ihr innewohnenden sozialen und politischen Gefahren. Das Konzentrationsproblem wird heute überall diskutiert, vom Parlament und von der Wissenschaft, von den Gewerkschaften und von den Unternehmern. Trotzdem tun einige mit allzu leichtem Wissensgepäck reisende Vielschreiber so, als ob es überhaupt nicht existiert und für die Erörterung wirtschaftspolitischer Fragen keinerlei Bedeutung hätte. Dabei ist dieses Problem so bedeutsam, daß es das früher im Vordergrund der Auseinandersetzungen stehende Problem des Eigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln heute in den Schatten stellt. Bekanntlich handelt es sich auch bei der gewerkschaftlichen Konzeption der *Wirtschaftsdemokratie* — die ja bereits aus den zwanziger Jahren stammt — um eine Erweiterung der älteren Vorstellungen über eine wirtschaftliche Neuordnung, wie sie sich beispielsweise nach 1918 in der Forderung der Sozialisierung ausdrückte. Die Gewerkschaften haben 1949 aus den Erfahrungen der Jahre nach 1918 und erst recht aus dem Untergang der sozial nicht genügend fundierten Weimarer Demokratie in der faschistischen Diktatur theoretisch die Konsequenzen gezogen. Sie haben erkannt, daß ähnlichen Gefahren in Zukunft nur durch eine Ausdehnung der Demokratie vom politischen auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich ein Riegel vorgeschoben werden kann. Diesen Riegel haben wir immer noch nicht. Bedeutet das aber, daß wir ihn auch nicht mehr nötig haben?

Man kann sich natürlich die Sache einfach machen und sagen, wie das beispielsweise Professor Röpke, der unentwegte Lobredner der freien Marktwirtschaft, tut: Das System der Marktwirtschaft sei an sich schon gut. Nur würden die in ihm angeblich enthaltenen Gegenkräfte der Konzentration durch eine Politik geschwächt oder unwirksam gemacht, die die Gewichte zugunsten der Groß- und Kolossalunternehmungen verschiebe. Man müsse an Stelle einer solchen Politik ein „liberales Programm der Dezentration“ verwirklichen<sup>1)</sup>. Professor Röpke verrät uns allerdings nicht, wie dieses Programm aussehen soll und woher es vor allem kommt, daß gerade auch die Politik seines Schülers *Erhard* genau das Gegenteil dessen erreicht hat, was sie eigentlich nach

1) Wilhelm Röpke, Die Verleumder der Marktwirtschaft, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 11. 1960.

seiner Theorie hätte erreichen müssen. Wenn wir ihm glauben wollten, so stellt die Konzentration — entgegen aller Erfahrung — ein der Marktwirtschaft feindliches Prinzip dar, hat also nichts mit ihr zu tun <sup>2)</sup>.

Was von dieser Methode zu halten ist, hat kürzlich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit der Baseler Professor *Edgar Salin* gesagt, als er über den Neoliberalismus urteilte:

„Seine Wirkung und seine Leistung war möglich, weil die Zerstörungen des Krieges noch einmal eine Situation geschaffen hatten, welche der Gründerperiode der siebziger Jahre in wesentlichen Punkten glich, und weil die Zerschlagung der Gewerkschaften unter dem Nazismus so gründlich gewesen war, daß die Arbeiter-Organisationen durch Jahre hindurch nicht wagten, aus dem dauernd wachsenden Kuchen der Industrieproduktion sich ein größeres Stück herauszuschneiden. Aber die ungeheure Konzentration ist der unwiderlegliche Beweis, daß die ‚soziale‘ Marktwirtschaft der Mitte dieses Jahrhunderts nicht um ein Haar andere Resultate ergab als die ‚liberale‘ Wettbewerbswirtschaft des 19. Jahrhunderts, und daß die amerikanische Lehre sich wiederholt: man kann Kartelle verbieten oder beschränken, aber man kann nicht die Konzentration aufhalten, wenn diese durch die Notwendigkeit, eine lawinenartig sich vermehrende Bevölkerung mit einer Vielzahl von Produkten verhältnismäßig wohlfeil zu versorgen, einen dauernd wirksamen Anstoß erhält.

Wenn der Zusammenschluß selbständiger Unternehmungen unmöglich ist, erfolgt die kapitalmäßige Übernahme — statt des Kartells bildet sich ein *Trust*, ein großer Konzern. Vor 50 Jahren konnte dies geschehen, ohne daß sich die allgemeine Stellung zum Eigentum geändert hat — heute ist die Aushöhlung des Produktionseigentums untrennbar damit verbunden.“ <sup>3)</sup>

Auch die wachsende Bedeutung des Staatseinflusses in unserer hochkonzentrierten und monopolisierten Wirtschaft, also jener „anderen gesellschaftlichen Kraft“, die — wie Otto Brenner in Berlin feststellte — neben das Privateigentum an den Produktionsmitteln getreten ist, hat Professor *Salin* in diesem Zusammenhang gewürdigt. Er sagt darüber:

„... angesichts der neuen Etappe der industriellen Revolution ist überdies zu fragen, wer — wenn nicht ‚der Staat‘ in die Bresche springen soll — die ungeheuren Mittel aufbringen und einsetzen kann und muß, welche heute für Forschungszwecke benötigt werden, außer den Riesenunternehmungen von Stahl, Öl, Elektrizität, Chemie usw.

Bekannt ist auch, vor allem der älteren Generation durch die Erfahrungen der dreißiger Jahre, daß kein Staat es sich heute leisten kann, eines der Großunternehmen in Konkurs gehen zu lassen, und daß daher vielfach eine ‚Sozialisierung der Verluste‘ stattgefunden hat.“ <sup>4)</sup>

Mit den persönlichen Schlußfolgerungen, die Professor *Salin* aus seinen von der Wirklichkeit hundertfach bestätigten Feststellungen über die Konzentrationstendenzen in der modernen Wirtschaft zieht, brauchen wir uns hier nicht zu beschäftigen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß sich aus seinen Erkenntnissen u. a. gleichfalls die große Fragwürdigkeit des Privateigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln ergibt. Allerdings nicht im Sinne derer, die da meinen, wir sollten also nicht mehr davon reden, und vor allem jedem belassen, was er hat — dem Unternehmer seinen Betrieb, dem Aktionär seine Anteile und dem Arbeitnehmer seinen Lohn; sondern weit mehr in dem Sinne, daß eine auf Privateigentum gegründete freie Marktwirtschaft sich längst als eine den realen Entwicklungstendenzen hohnsprechende Illusion erwiesen hat.

2) A. a. O.

3) Edgar Salin, Die Unterwühlung des Eigentums, in Die Zeit vom 30. 9. 1960.

4) A. a. O.

Salin weist ganz zu Recht darauf hin, daß der Mythos von der zentralen Bedeutung und von der Unantastbarkeit des Privateigentums bestenfalls 150 Jahre alt und mit der liberal-kapitalistischen Wirtschaft aufgekommen ist. Frühere Jahrhunderte haben ihn nicht gekannt. Und spätere werden ihn auch nicht mehr kennen, sich vielleicht sogar darüber lustig machen. Wer diesen Mythos heute noch — ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse — pflegt, das sind in der Tat die interessierten Unternehmerkreise. Für sie, und nur für sie, besteht „zwischen Freiheit und Eigentum ein innerer unlösbarer Zusammenhang“, und in diesem vorgeblichen Zusammenhang „offenbart sich (ihnen) das Problem des Eigentums in seiner schicksalhaften Bedeutung für die weltpolitische und geistige Auseinandersetzung unserer Zeit“<sup>5)</sup>.

Das alles hat mit wissenschaftlicher Erkenntnis und einer realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Gegebenheiten nichts mehr zu tun. Es beweist nur, wie notwendig es ist, gerade hier von leeren Klischees loszukommen und sich mit dem auseinanderzusetzen, was ist, das heißt mit den *realen* Problemen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Wenn Professor Röpke die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als störendes Element — in diesem Fall für die Verwirklichung seines marktwirtschaftlichen Baukastenmodells — betrachtet und in der Konzentration die Ursache für einen gefährlichen „Kollektivismus“ erblickt<sup>6)</sup>, so kann man ihm in *einer* Hinsicht recht geben: Ein Wirtschaftssystem ist in der Tat nicht funktionsfähig ohne eine Politik, die sich auch die systemgemäßen Aufgaben stellt und sie erfüllt. Das wissen die Gewerkschaften am allerbesten. Damit ist aber im Grunde auch schon die Frage, ob es Wirtschaftsplanung geben soll oder nicht, beantwortet. Diese Alternative besteht längst nicht mehr. Es geht heute nur noch darum, *wer* plant und *wessen* Interessen den Ablauf des modernen Wirtschaftsprozesses bestimmen. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dienen in jedem Fall der Verwirklichung bestimmter Wirtschaftsziele. Entscheidend ist nur, ob diese Ziele lediglich durch die Interessen einzelner Gruppen gesetzt sind, oder ob sie den Wünschen und Bedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung gerecht werden.

Wenn die Konzentration wirtschaftlicher Macht mit allen ihren Gefahren und Konsequenzen ein Wesensmerkmal unserer Wirtschaftsordnung ist, wie Professor Salin zu Recht betont, und nicht, wie Professor Röpke meint, ein bloßer Fremdkörper, dann ist damit im Grunde schon gesagt, daß wir uns einem unvermeidlichen Prozeß der *Vergesellschaftung* in der Wirtschaft gegenübersehen, der nicht mit den Methoden des liberalen Ein-Mann-Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts in die richtigen Bahnen gelenkt werden kann.

*Gemeineigentum* an den großen vergesellschafteten Produktionsmitteln und *Mitbestimmung* der Arbeitnehmer auf allen Ebenen des Wirtschaftsprozesses ergeben sich für die Arbeitnehmer als notwendige Konsequenz aus dieser Entwicklung. Es mögen Forderungen sein, die manchen Leuten aufs äußerste widerstreben. Das ist jedoch kein Grund, ihre Berechtigung mit einer Handbewegung abzutun und die ganze Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts zu negieren, um sich selber vielleicht ein moralisches Alibi für überholte Wirtschaftspraktiken zu verschaffen. Die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte wird zeigen, *wessen* wirtschaftspolitische Vorstellungen wirklich veraltet sind, ob die der Gewerkschaften oder die der Unternehmer und ihrer ideologischen Verbündeten. Es ist sicher, daß sich in den nächsten Jahren immer deutlicher die Aktualität der gewerkschaftlichen Vorstellungen und der Grundforderungen des Münchner Programms erweisen wird, gleichgültig, was einige vom „Wirtschaftswunder“ hynotisierte Kritiker dieses Programms heute darüber zu sagen haben.

5) Eigentum und Eigentümer in unserer Gesellschaftsordnung. Veröffentlichung der Walter-Raymond-Stiftung, Westdeutscher Verlag Köln und Opladen 1960, S. 3.

6) Röpke, a. a. O.